

Ein kleiner großer Schritt für die Bundeswehr – Neuer Dienstposten für die Härtefall-Stiftung



Foto: Bundestag

Karl-Heinz Brunner, SPD-Bundestagsabgeordneter.

Der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Brunner, Mitglied des Verteidigungsausschusses und Berichterstatter seiner Fraktion für Wehr-

dienstbeschädigungen, ist froh, dass es bei den Haushaltsverhandlungen gelungen ist, eine zusätzliche Dienststelle zu schaffen. „Das ist ein kleiner Schritt, aber

eine echte Erleichterung für die Härtefall-Stiftung und alle Angehörigen der Bundeswehr und der ehemaligen NVA, die nach einem Dienst- oder Einsatzunfall durchs Versorgungsraster fallen“, so Brunner. „Dazu gehören viele Radargeschädigte, also Soldaten, die durch die Benutzung von Radargeräten an Krebs erkrankten, aber auch PTBS-Erkrankte.“

„Im Moment haben wir es mit einem veritablen Bearbeitungsstau zu tun – da kann das großartige Team um den Vorsitzenden des Stiftungsrates, Oberst a.D. Bernhard Gertz, noch so hart arbeiten. Deswegen müssen wir von der Politik und im Ministerium die Steine aus dem Weg räumen“, erklärt Brunner, der selbst Mitglied der Härtefall-Stiftung ist. ■

Hintergrundinfo

Die 2012 vom Bundesministerium der Verteidigung eingesetzte so genannte Härtefall-Stiftung soll aktiven und ehemaligen Bundeswehr- und NVA-Angehörigen zugute kommen, die dienst- und einsatzbedingt geschädigt wurden oder erkrankt sind. Das umfasst insbesondere diejenigen, die in den 1960er- und 70er-Jahren durch Strahlen aus Radargeräten geschädigt wurden. Das zum Teil hohe Alter der Antragsteller erfordert eine zeitnahe Antragsbearbeitung, was nur durch die Erhöhung der Zahl der Dienstposten sichergestellt werden kann.

Die Dienststelle der Härtefall-Stiftung besteht im Moment noch aus dem Vorsitzenden und drei Mitarbeitern. Sie konnte bisher in mehr als 180 Einzelfallentscheidungen mehr als 1,7 Mio Euro bereitstellen.

In den kommenden Monaten soll die Härtefall-Stiftung in eine gemeinnützige, rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts umgewandelt werden.

Was brauchen wir zur Wahrung von Recht und Ordnung?

VON UNSEREM MITGLIED
MANFRED LEITNER

Der verantwortungsbewusste Abgeordnete des Deutschen Bundestages hat zumindest einmal im Jahr die Sternstunde, daran erinnert zu werden, dass wir ja noch die Bundeswehr und ihre Soldaten haben. Zumindest am Tage der Veröffentlichung des Berichts des Wehrbeauftragten wird er hellhörig gemacht und zu der Frage provoziert: Wie lange wollen wir eigentlich den Zustand dulden, dass wir im Vergleich zu unserer wachsenden Verantwortung für die internationale Sicherheit einfach viel zu wenig materielle, finanzielle und menschliche Ressourcen bereitstellen?

Niemand kann nachvollziehen, warum eine verkleinerte Bundeswehr keine Vollausstattung mehr haben soll. Das schwächt schlicht und einfach die Einsatzbereitschaft, das wird unserem Gewicht sowie unserer Verantwortung im Bündnis nicht gerecht und ist einfach peinlich.

Niemand hat gefragt, wie es Frankreich fertiggebracht hat, schlag-



Foto: Etat-major des armées/ECPAD

Kurz nach den Anschlägen auf das Satire-Magazin „Charlie Hebdo“ im Januar gehen in Paris französische Soldaten gemeinsam mit der Polizei auf Patrouille.

artig 11 000 Soldaten und Polizisten in Paris zusammenzuziehen, um sich des international agierenden, islamistischen Terrors zu erwehren. Das wiegt zwar die deutsche Öffentlichkeit in der Illusion, dass wir zu einem gleichen Kraftakt im Stande wären, ohne die öffentliche Sicherheit zu

schwächen. Diese Hoffnung ist aber dank der jahrelang praktizierten Sparorgien im Verteidigungshaushalt abwegig. Wir sind heute dazu gezwungen, die fatalen Folgen jener falschen Lagebeurteilung auszubaden, die besagte: Vor unseren Grenzen tobt der ewige Frieden.

Für jeden ist heute augenscheinlich, dass der Dschihad, der „Heilige Krieg“ der Islamisten, nicht nur an unseren Grenzen, sondern vor unserer Haustür steht. Und wir stellen uns allen Ernstes auch noch die Frage, ob wir die Bundeswehr im eigenen Land einsetzen dürfen. Wenn Herr de Maizière zu dem Schluss kommt, dass bei uns jederzeit und nahezu überall etwas Ähnliches passieren kann wie in Paris, dann müssen wir doch von allen guten Geistern verlassen sein, wenn wir jetzt nicht aufwachen und im Interesse der eigenen Sicherheit andere Saiten aufziehen.

Regierung und Parlament sind nicht nur durch den Bericht des Wehrbeauftragten dringend gehalten, die großen Lücken in der Ausrüstung der Bundeswehr zu schließen und die Mängel durch einschneidende Veränderungen zu beseitigen. Vor allem aber brauchen wir eine tiefgreifende Sicherheitsanalyse, um genau feststellen zu können, was denn eigentlich zur Verteidigung von Recht und Ordnung in Deutschland und in Europa von Nöten ist. ■